Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 7

Artikel: Der Friede im Nebel

Autor: Conquest, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076643

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER FRIEDE IM NEBEL

Von Robert Conquest

Unser heutiger Diskussionsbeitrag zum Thema der friedlichen Koexistenz stammt aus Grossbritannien, wo sich Robert Conquest als politischer Schriftsteller und Radiokommentator einen Namen gemacht hat. Seine Ausführungen beruhen auf einem Vortrag, der am 4. Januar dieses Jahres über die BBC ausgestrahlt wurde, und sind als Broschüre unter dem Titel «The Fog of Peace» bei Smith's Printing Company, St. Albans und London, erschienen.

In den letzten Wochen vernahmen wir reihenweise Erklärungen amerikanischer, britischer und sowjetischer Führer. Sie alle sprechen von einer friedlicheren Zukunft. «Frieden unserer Zeit, guter Wille unserer Menschheit.» Schön. Aber lasst uns das zuerst betrachten, was zuerst kommt.

Es trifft zu, dass auf die Dauer nichts erhältlich ist, was einem bleibenden Frieden ähnlich sieht, solange kein echter guter Wille geschaffen wird, solange noch solche Dinge bestehen wie Belagerungswirtschaft, Unterdrückung des freien Gedankenaustausches, Anspruch auf Weltherrschaft und so weiter. Sehr richtig. Aber bis dahin, so scheint mir, sind wir vollauf und dringlich damit beschäftigt, den Frieden zu halten, Goodwill hin oder her. Wenn wir den Frieden lange genug erhalten, wird sich der gute Wille vielleicht noch entwickeln. Ein sicherer Weg jedoch, beides zu verspielen, besteht darin, den guten Willen als gegeben anzunehmen, solange er es nicht ist, und damit in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

«Kalter Krieg» — was heisst das?

Heisst das etwa, dass ich ausgerechnet im Zeitpunkt guter Aussicht auf internationale Entspannung offen daran gehen will, den Sowjets gegenüber misstrauisch und kritisch zu sein? Ganz genau das heisst es. Und darüber hinaus betrachte ich eine solche Einstellung sogar als Beitrag zum Frieden.

Es ist heute, da gutes Einvernehmen zwischen uns und der Sowjetunion besteht, natürlich genug, wenn eine vage Freundlichkeit da und dort an den Grenzen der Realität herumwischt. In den späten dreissiger Jahren wurde Stalin weitherum als ruchloser Tyrann angesehen. Während des Krieges wurde er zum Onkel Josef mit der Pfeife. Dabei hatte er sich nicht wirklich verändert, und es wäre uns zum Vorteil gewesen, hätten wir nicht aus Bequemlichkeit darauf verzichtet, das einzusetzen. Wenn jetzt die Entspannung kommt, was wir hoffen, werden — ähnlich wie in früheren Perioden guten Einvernehmens — diejenigen weitherum als Störefriede gebrandmarkt werden, die weiterhin die Realitäten betrachten ... Man wird sie — wie man es übrigens schon tut — als «Förderer des Kalten Kriegs», als «Antikommunisten» und als «Rechtsstehende» verschreien. Sehen wir uns diese Anklagen einmal an.

«Kalter Krieg» ist der einleuchtende Ausdruck für den Zustand bewaffneter Waffenruhe, der seit 1945 so gefährlich angehalten hat. Daneben aber hat der Ausdruck einen völlig andern, sehr eigenartigen Sinn erhalten. Man braucht ihn als abschätzende Beschreibung für Veröffentlichungen, Tatsachen oder Ansichten zur sowjetischen Frage, an welchen die sowjetische Führung Anstoss nehmen könnte. Die damit verbundenen Ueberlegungen — soweit es sich um solche handelt — scheinen in die Richtung zu gehen, dass objektives Studium der Sowjetunion (beispielsweise die Feststellung, dass die dortigen Schriftsteller Schwierigkeiten mit der Bürokratie haben) den internationalen Beziehungen irgendwie schaden würden. Nur trifft das genaue Gegenteil zu. Je mehr die Sowjetführung westliche Irrtümer vermutet, desto mehr wird sie in Versuchung kommen, sie auszunützen. Umgekehrt werden unsere Chancen für einen realistischen Frieden um so grösser sein, wenn wir eine klare Sicht und eine deutliche Meinung über sowjetische Angelegenheiten haben. Diese Einsicht gehört auch zum Erbe Kennedys. Eine Harmonie, die auf Unterdrückung aller Informationen und Meinungen beruhen würde, die der herrschenden Partei nicht genehm sind, wäre nicht nur wenig einträglich, sondern auch — was mehr ist — brüchig und unzuverlässig.

Unsere Schwierigkeiten mit der UdSSR waren eine lange, harte Belastung unserer Gefühle. Wie angenehm wäre es, sich auch einmal zu entspannen! Wie aufreizend sind doch diese Tatsachenschnüffler, diese sturen Wahrheitsjünger, die uns das bisschen Erholung vergällen wollen. Gewiss, das muss ärgerlich und irritierend sein. Nur: Doping ist der Gesundheit noch abträglicher.

Wenn 20 Millionen Männer fehlen

Ein kleines Beispiel zu unserem Verhalten: Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte das Moskauer statistische Amt eine Schätzung der Landesbevölkerung, die 20 Millionen weniger Männer als Frauen auswies. Dies ist nach allgemeiner Auffassung «die Folge des Krieges». Und wir verbinden damit immer die Vorstellung vom besonderen Recht der Russen, deutschfeindlich zu sein.

Tatsächlich ertragen diese Zahlen aber keine so einfache Erklärung. Bei der letzten sowjetischen Volkszählung von 1959 war das «Männerdefizit» bereits nachgewiesen. Aber damals erfolgte auch die Aufteilung nach Altersgruppen. Für die Jugendlichen, die 1945 noch nicht 16 Jahre alt waren, gab es nur unerhebliche Unterschiede in den Zahlen von Knaben und Mädchen. Beim Bevölkerungsanteil, der am Ende des Krieges zwischen 16 und 35 Jahre zählte, fehlen neuneinhalb Millionen Männer. Das ist gewiss eine erschreckende Zahl. Aber — und da ist der springende Punkt — mehr als die Hälfte der gesamthaft fehlenden Männer ist in diesen Altersgruppen nicht berücksichtigt. Man muss sie bei denen suchen, die 1945 über 36 Jahre alt waren. Das deutlichste Verhältnis trifft man übrigens bei der Altersgruppe zwischen 40 und 45 Jahren (immer am Ende des Krieges) an. Hier kommen heute ziemlich genau zwei Frauen auf einen Mann, hier allein gibt es drei Millionen weniger Männer als Frauen.

Nun ist es — erwiesenermassen und einleuchtenderweise — zu erwarten, dass in einem Krieg die Verluste des männlichen Bevölkerungsteils überwiegend die jüngeren Jahrgänge heimsuchen. Wie ist nun eine so extrem andere Verteilung zu erklären? Nun, die statistischen Zahlen halten die Folgen der grossen stalinistischen Säuberung fest, der mehr Männer als Frauen zum Opfer fielen. Gewiss: es gibt Ueberschneidungen nach beiden Seiten. Einerseits wurden auch viele ältere Männer im Krieg getötet, anderseits starben viele jüngere Leute in den sowjetischen Konzentrationslagern. Aber die Schlussfolgerung bleibt klar: Wenn die Russen aus diesen Verlusten heraus ein besonderes Recht auf Deutschfeindlichkeit haben, dann haben sie ein genauso gutes Recht, ihre eigene herrschende Partei zu verabscheuen. Wir jedenfalls haben keinen Anlass, unsere Meinung nur auf Grund einer tatsachenverkennenden Interpretation zu bilden.

Wer solche Punkte hervorhebt, wird leicht Anstoss bei manchen erregen, die ihrer eigenen Ueberzeugung nach «progressiv» sind. Ich befürworte soziale und rassische Gleichheit auf der ganzen Welt. Was mir als Zukunftsutopie vorschweben würde, wäre vermutlich nach landläufiger Auffassung eine Art Anarchie. Mir widerstreben die gesichtslosen Institutionen, seien sie nun religiöser, wirtschaftlicher oder politischer

Art, die mir mein Denken, mein Tun und Lassen vorschreiben würden. Und die von einer Persönlichkeit geprägten Institutionen erregen meinen Widerwillen ebenfalls, obwohl politische Meinung nicht von solchen Gefühlen abhängig sein sollte. Ich bemerke an mir selbst, dass mich Erzbischof Fischer mehr aufregt als Chruschtschew. Wenn ich meine Einstellung weiter überdenke, komme ich vielleicht auf ihren bestimmenden Grundzug: Mein stärkstes Vorurteil betrifft — in meiner Zeit und an meinem Platz — überhaupt nicht ein bestimmtes soziales oder wirtschaftliches System. Es besteht ganz einfach aus einer Vorliebe für politische Freiheit und für politische Demokratie.

Das Märchen von «rechts» und «links»

Wenn eine Lehre aus den letzten 20 Jahren eingeschlagen haben sollte, ist es doch diese: Was immer Gutes an einem System sein mag, zu dessen Gunsten die politische Freiheit unterdrückt wird, es verkehrt sich in Böses. Wie Albert Camus sagte: *Keines der Uebel, welches der Totalitarismus zu heilen vorgibt, ist so arg wie der Totalitarismus selbst.*

Zufügen lässt sich erst noch, dass er nicht einmal die Uebel kuriert, zu deren Abschaffung er die politischen Freiheiten opferte. Man denke an die kargen Arbeiterlöhne in der Sowjetunion, man denke an den Hunger in China. Wir selber, wenn wir uns nicht gerade vom puren Argumentieren mitreissen lassen, wissen im Grunde ganz genau, dass es auf den Unterschied zwischen demokratisch und diktatorisch ankommt, und nicht zwischen «links» und «rechts».

Ziemlich jeder Labour-Anhänger, unbeschadet um alles, was er in der Hitze einer Wahlkampagne sagen mag, fühlt mit Sicherheit, dass eine konservative Regierung, die seine Ansicht über Verstaatlichung nicht teilt, einer kommunistischen Regierung, die es tut, unendlich vorzuziehen ist. Ein Sozialist lebt besser unter Sir Alec Douglas-Home, wo er Sozialist bleiben kann, als unter Chruschtschew, wo er es nicht kann. Umgekehrt ist für einen Konservativen eine Labour-Regierung unendlich vorteilhafter als ein «rechtsstehendes» Regime faschistischer Prägung.

Ein konservativer Premierminister führte mit Labour-Unterstützung den Kampf gegen die Nazis (die Kurzform steht übrigens für die «links» tönende Bezeichnung Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei). Ein Labour-Premierminister hielt, wiederum mit dem Rückhalt beider Parteien, dem Stalinismus stand... Meiner Ansicht nach sagt der Grad der «Sozialisierung» für sich allein genommen überhaupt nichts aus über die Güte eines Systems.

Es gibt eine ganz beträchtliche Menge von Unrecht in der heutigen Welt. Es ist bewunderungswürdig, wenn ihm heftig opponiert wird. Weniger bewunderungswürdig ist es, wenn man nur eine kleine Auswahl an Unrecht trifft, dem die Opposition ausschliesslich gilt. Gegenwärtig sind 80 Prozent des globalen Unrechts — Verweigerung der Menschenrechte — in den chinesischen und sowjetischen Blocks zu suchen. Aber der grösste Lärm betrifft die verbleibenden 20 Prozent. Was führt uns dazu, ein so gewaltiges Aufheben um den «Polizeistaat» Griechenland zu machen, ein Polizeistaat übrigens, wo ich vor einigen Wochen ein dichtgepacktes Kommunistentreffen auf dem Hauptplatz von Athen sah? Versucht einmal, ein sozialdemokratisches Treffen in Sofia oder Bukarest abzuhalten! Da fehlt es doch am Sinn für Proportionen, wenn es nicht am Sinn überhaupt fehlt.

Nun gibt es Auffassungen über die Sowjetunion, die nicht gar so abwegig sind, dafür aber wie benebelt durch die Verschwommenheit ihres sprachlichen Ausdrucks. Beispielsweise erfahren wir, dass Chruschtschews Regime «liberal» sei, dass dort eine «Liberalisierung» stattfinde. Was genau ist damit gemeint? Der Eindruck kann entstehen, dass in der UdSSR politische Freiheit in gutem Ausmass eingeführt werde. Ist das der Fall? Nein. Der Bürger wird nicht so unterdrückt wie zuvor. Aber er hat nach wie vor keinerlei positive politischen Rechte. Die Macht bleibt weiterhin auf die leitende Gruppe der leitenden Partei konzentriert, auf eine sich selbst fortführende Oligarchie. Dem Bürger steht keinerlei Möglichkeit offen, beispielsweise die Bildung einer Partei zu fordern, die der britischen Labour Party entsprechen würde. Und jeder Versuch, etwas dergleichen zu gründen, würde unmittelbare Verhaftung nach sich ziehen. Nur, wenn einer die Aufmerksamkeit darauf lenkt, wird er beschuldigt, «rechtsstehend» zu sein. Ich kann um mein Leben nicht einsehen warum.

Proteste nur gegen den kleinsten Prozentsatz von Kolonialismus

Oder: Kolonialherrschaft ist heute ganz und gar auf zwei Gebiete beschränkt, kleine afrikanische Teile einerseits, und die an China und Russland angrenzenden Regionen anderseits, d. h. Zentralasien vom Schwarzen Meer bis zum Osten von Tibet, europäische Territorien wie die baltischen Staaten oder Ostdeutschland.

Wir wissen jetzt zufällig, dank sowjetischer Veröffentlichungen, vom kürzlichen Massaker unter den Ili-Kasachen — ein chinesisches Sharpeville. (Ueber die Unruhen vom letzten Herbst in der Provinz Sinkiang und die Fluchtbewegung nach Sowjet-Kasachstan berichtete die sowjetische Presse in ihrer antichinesischen Kampagne. Red.) Aber kümmert sich irgendwer hier darum? Warum nicht? Etwa weil dort die Unterdrückung von Völkern und Meldungen vollständiger ist? Vortreffliche Gründe! Sogar in seiner Neujahrsbotschaft unterscheidet Chruschtschew scharf zwischen dem chinesischen Recht auf Formosa und dem nicht bestehenden Recht der Deutschen auf die Ostzone. Er unterstützt ferner öffentlich den Kampf der Kolonialvölker gegen ihre Herrscher, aber er meint natürlich nur die Kolonien des Westens. Wollten wir auf gleiche Weise Freiheit für Litauen oder Georgien verlangen, würde das als intolerable Provokation betrachtet. Und nicht etwa nur von den Russen. Chruschtschews Voreingenommenheit ist begreiflich, doch viele Leute denken auch hier nichts Böses von seinen Aufrufen, wären aber entsetzt, wenn wir mit gleicher Münze zurückzahlen wollten. Dabei kann es auch dort keinen wirklich dauerhaften Frieden geben, solange die letzten Imperien, die von Chruschtschew und Mao beherrscht werden, irgendwie aufgelöst sind.

Einige Aufmerksamkeit für die 132 Millionen Angehörigen fremder Völker unter russischer oder chinesischer Herrschaft zu empfehlen (die Zahl entspricht der ganzen Bevölkerung Südamerikas), bedeutet nicht, den Druck auf die Verwoerdt und Salazar abschaffen zu wollen. Aber etliche gedankenlose Dogmatiker benehmen sich, als ob es das bedeute. Wiederum: Warum in aller Welt?

Antikommunismus — der Schwarze Peter

Im Vokabular schlimmer Worte stossen wir nach den Ausdrücken «Kalter Krieg» und «Rechtsextremisten» auf den Begriff «Antikommunist» oder gar «professioneller Antikommunist». Wie es tönt, muss es sich schon um etwas sehr Arges handeln, nicht? Da gibt es Kenner und Studierende sowjetischer Angelegenheiten, die von Zeit zu Zeit Broschüren und Artikel über ihr Spezialthema veröffentlichen und sogar dafür bezahlt werden. Zuweilen sind sie nicht einmal leidenschaftslos, sondern zeigen offen ihre Vorliebe für demokratische Art. Mir hat «Antikommunismus» als Ausdruck schon immer irreführend geschienen. Vermutlich haben die meisten von uns keine sehr ernsthaften Einwände gegen die sozialen oder wirtschaftlichen Strukturen der Staaten im Sowjetblock. Wir mögen sie als schlecht konzipiert und als untauglich empfinden. Aber das sind Eigenschaftswörter, die wir auch bei unserm eigenen System etwa anwenden können. Nein, unser wirklicher Einwand ist ausschliesslich und einfach politischer Art: Er betrifft die Abwesenheit von persönlicher, nationaler und gedanklicher Freiheit, und dazu den wesenseigenen Imperialismus — den Anspruch auf Weltherrschaft.

(Fortsetzung nächste Seite)

Entstünde ein freiheitlicher Kommunismus ohne Expansionstendenzen, die berechtigten Beanstandungen Aussenstehender würden verblassen. Vielleicht ist eine solche Evolution möglich. Vielleicht werden wir Regimes in der Art der Regierung Nagy einmal in einem freien Lettland, in einem freien Russland, in einem freien Tibet usw. zu sehen bekommen. Jeder Wechsel in diese Richtung ist willkommen, von was für sowjetischen Erfolgen er immer begleitet sein möge. Wir sind nicht Antikommunisten, soweit es um die Möglichkeit eines solchen Kommunismus geht. Wir sind lediglich gegen seine gegenwärtige totalitäre Form.

Moskau heisst den Pakt mit Hitler noch heute gut

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass das Wort «Totalitarismus» in abstrakten Begriffen nicht leicht zu definieren ist. Eine praktische Darlegung ist nicht so schwierig. Totalitarismus könnte das sein, was Hitlerismus und Stalinismus gemeinsam haben. Es gibt viele Dinge, welche sie nicht gemeinsam haben. Aber das, was sie verbindet, ist in der Praxis vielfach wichtiger, als was sie trennt. Damit meine ich nicht einmal die Leichtigkeit, mit der die beiden Systeme zusammengearbeitet haben, die schlimmen Tage von 1940, als die Gestapo mit den Kommunisten des besetzten Europas um Fortführung ihrer antibritischen Veröffentlichungen verhandelte (was nur durch das deutsche Militär verhindert wurde), als die Sowjets den Deutschen die Errichtung eines Unterseebootstützpunktes — Stützpunkt Nord — auf sowjetischem Territorium erlaubten und das deutsche Ueberfallschiff «Komet» durch die Nordseeroute eskortierten, um unsere Schiffahrt im Pazifik anzugreifen. Das war vor langer Zeit, und wir könnten es vergessen. Was hingegen zählt, ist die Tatsache, dass man noch heute weit davon entfernt ist, die gesamte Politik des Nazi-Sowjet-Paktes zu desavouieren oder zu bedauern. Die Sowjets werfen uns München vor — wie wir es uns selbst vorwerfen. Tatsächlich war München, was Napoleons Kritiker vom Mord am Herzog von Enghien sagten, «schlimmer als ein Verbrechen, nämlich ein Fehler». Der Pakt zwischen Nazis und Sowjets nun war ein Fehler und ein Verbrechen, ganz zu schweigen von den Gemeinheiten, die ihn begleiteten, wie die Auslieferung kommunistischer Juden aus Deutschland an die Gestapo durch die NKWD. Diesen Pakt rechtfertigt die gegenwärtige Parteigeschichte noch in ihrer neuesten gründlich revidierten Ausgabe von 1962 in unverfrorener Weise mit der Behauptung, Grossbritannien habe 1939 mit Deutschland Geheimgespräche über die Aufteilung der Welt zwischen ihnen geführt, einschliesslich der Aufteilung Chinas und Russlands, laut der sowjetischen Parteigeschichte ein «wahrhaft monströses Vorhaben».

Während solche Lügen über uns — offiziell und unbestreitbar — in die Welt gesetzt werden, raten uns manche an, Kontroversen mit den Sowjets über Tatsachen und Meinungen zu vermeiden, um sie nicht zu verletzen.

Heisst irgend etwas davon, dass wir eine Entspannung nicht begrüssen würden? Natürlich heisst es das nicht. Unser Interesse an der Verminderung der Kriegsgefahr zwischen uns und der Sowjetunion auf ein absolutes Minimum besteht in vollem Umfang. Und — ein zusätzlicher Hoffnungsschimmer — Dogmen und Stellungnahmen bröckeln unter dem langen Druck der Tatsachen wirklich ab. Je länger wir einen Zustand der Ruhe aufrechterhalten können, desto grösser wird demnach die Aussicht auf das Entstehen einer Sowjetunion, die als Mitglied der Weltgemeinschaft echte Annahme finden könnte. Unser Beitrag zum Werdegang muss darin bestehen, einen klaren Kopf zu behalten, uns durch Erklärungen ohne entsprechende Taten nicht einlullen zu lassen, keine Politik des Rückzugs und Nachgebens zu fordern, welche die schlimmsten Elemente der Sowjetführung ermutigen würde. Und wenn Mr. X und Professor Y ihre Augen geschlossen halten wollen, würden sie wenigstens die Schicklichkeit aufbringen, nichts dagegen einzuwenden, dass wir andern unsere Augen offenhalten und berichten, was wir sehen?

(Schluss)

Für unsere Sowjetheimat!

Touristen als verkappte Spione

Von Generalmajor der Justiz B. A. Wiktorow

Armee-Verlagsanstalt

Verteidigungsministerium der UdSSR

Moskau 1963

4. Fortsetzung

Die sowjetische Schrift, in einer Auflage von 200 000 Exemplaren erschienen, versucht den Funktionären aller Stufen die Gefährlichkeit der Touristen aus dem Westen zu beweisen. Wir führen die Aufzählung der Vorfälle, die selbst Ermittlungen über Bauarbeiterlöhne als «Spionagefälle» enthalten, nun im Auszug weiter.

Sie kam offiziell als die Gattin des Mitarbeiters der britischen Botschaft nach Moskau. Die Spezialisten der russischen Abteilung im britischen Nachrichtendienst zerbrachen sich auf einmal den Kopf: «Was machen, wenn diese Art von Nachrichtenübermittlung nicht spielen wird? Was dann?» Dann einigte man sich schliesslich auf eine andere Variante, aber konnte man sie verwirklichen?

Wiederum richtete man seine Blicke auf Wynn. «Mister Wynn, Sie sollten wieder einmal nach Moskau reisen.» Wynn kam es dieses Mal nicht so recht gelegen; er befürchtete, es könnte schief gehen und er müsste die Verantwortung tragen. «Haben Sie keine Angst, Sie werden das schon bewerkstelligen. Man hat einen guten Grund gefunden, um Ihre Reise plausibel zu machen.» Auch diesmal logierte Wynn im Hotel «Ukraina» und traf sich dort mit Penkowski. «Alles fliesst, alles ändert sich, Herr Penkowski ...» «Was meinen Sie damit?» fragte Penkowski aufmerksam.

«Man muss Sie mit anderen Verbindungspersonen bekanntmachen und eine andere Art der Kontaktnahme finden.» Er zeigte Penkowski eine Photographie des Zweiten Sekretärs an der britischen Botschaft in Moskau, Gervais Cowell, mit seiner Frau und dem Botschaftsattaché Carlson mit Frau von der USA-Botschaft in Moskau. Dann widmeten sich die Spione Wynn und Penkowski dem Studium einer leeren «Harpick»-Büchse, eines Desinfektionsmittels für WC. Diese Büchse barg im Inneren einen Behälter zur Aufbewahrung von Geheimdokumenten und sollte als eigenartiger Briefkasten dienen. Diese Büchse musste in der Toilette einer Wohnung stehen, zu der sowohl Penkowski als auch die genannten Kontaktpersonen Zugang haben würden. «Zufälliges Zusammentreffen ... Kein Misstrauen bei den Versammelten», und der Briefkasten für die Spionagearbeit würde seinen Dienst erweisen. Dieser Briefkasten würde auch dann funktionieren, wenn der Kaufmann Graville Wynn in London ruhig schliefe.

Aber auch diese Uebermittlungsreise erwies sich als nicht haltbar und von nicht langer Dauer. Wynn gelang es gerade noch, aus Moskau zu entwischen, aber er hinterliess Spionagespuren, die ihn wieder nach Moskau zurückbrachten, diesmal allerdings unter Bewachung, um sich vor dem sowjetischen Gericht zu verantworten.

«Ich gebe zu», erklärte Graville Wynn, «dass meine Aufenthalte in Moskau als Kaufmann jeweils von den Vertretern des englischen und amerikanischen Nachrichtendienstes zur Ausübung von Spionage in der UdSSR missbraucht wurden.» Der Verbrecher bereute seine Untaten und bat um Nachsicht. Was blieb ihm schon anderes zu tun übrig, als seine Schuld anzuerkennen; es gab keine Möglichkeit, sie zu bestreiten. Er konnte nur bereuen und um Nachsicht bitten.